

KATO Tetsuro Der Neoetatismus im heutigen Japan

Einleitung

1985 waren vierzig Jahre seit der Niederlage Deutschlands und Japans im zweiten Weltkrieg vergangen. Bundespräsident Weizsäcker ging in seiner damaligen, am 8. Mai vor dem Bundestag gehaltenen Rede auf die großen Opfer des Krieges und der Naziverbrechen ein und gab mit Blick auf die jüngste Geschichte der Entschlossenheit Ausdruck, die begangenen Fehler nicht zu wiederholen. Demgegenüber verwies der japanische Ministerpräsident Nakasone Yasuhiro in seiner Rede vom Juli 1985 auf dem traditionellen Sommerseminar der Liberal-Demokratischen Partei Japans (LDP) stolz auf die japanische Geschichte, die seit der Meiji-Ära (1868-1911) »den Westen einholen« will. Ohne auf die Aggressionskriege der Vergangenheit hinzuweisen, stellte er die japanische Konzeption des »Neoetatismus« vor: »Im Falle Japans ist der Staat als natürliche Gemeinschaft entstanden und nicht als Vertragsstaat. Sieger, aber auch Verlierer ist immer der Staat. Ehre und Schmach ruhen beide auf der Nation insgesamt. Es sind der Staat, die Nation, die, ihre Schmach beseitigend, auf der Suche nach Ehre voranschreiten.« Dieses »die Schmach beseitigen« bedeutet nichts anderes als die eigene schmachvolle Geschichte zu vergessen. Und in der Tat war Nakasone der erste japanische Ministerpräsident, der am 15. August, dem Tag des nationalen Gedenkens an die Kriegsniederlage — entgegen der Proteste der Oppositionsparteien und ohne sich um die chinesische und koreanische Kritik zu kümmern —, dem Yasukuni-Schrein in Tokyo, in dem die Asche führender Kriegsverbrecher aufbewahrt wird, einen offiziellen Besuch abstattete. Im darauffolgenden Jahr kritisierten ihn die us-amerikanische und die gesamte Weltöffentlichkeit, als er auf einem Seminar der LDP folgendes äußerte: »Das intellektuelle Niveau des ethnisch homogenen japanischen Volkes ist höher als das des Volkes der Vereinigten Staaten von Amerika, das Minoritäten schwarzer, puertorikanischer und spanischer Herkunft umfaßt.« Dessen ungeachtet erzielte die LDP unter Führung Yasuhiro Nakasones bei den Parlamentswahlen vom Juli 1986 mit 300 errungenen Sitzen innenpolitisch das beste Ergebnis seit ihrer Gründung im Jahre 1955: Mit fast 50 % der Stimmen konnte die LDP der rückläufigen Tendenz der vorhergehenden Jahre Einhalt gebieten. Damit stärkte Nakasone auch seine Stellung innerhalb des Bündnisses unterschiedlicher Fraktionen, aus denen sich die LDP zusammensetzt. Seine Amtsperiode, die eigentlich bis zum Herbst 1986 dauern sollte, wurde um ein Jahr verlängert, und das Kabinett Nakasone wurde damit zur stabilsten Regierung seit dem Kabinett Sato, das von 1964-1972 regierte. Seit Mitte der siebziger Jahre war eine Periode anhaltenden Wirtschaftswachstums beendet. In der Politik der wichtigsten entwickelten kapitalistischen Länder kam es mit Beginn der 80er Jahre zu einer konservativen Neuformierung. Das Kabinett Margaret Thatchers von der Konservativen Partei in Großbritannien, die Regierung Ronald Reagans von den Republikanern in den USA, sowie die Kabinette Kohl von der Christlich-Demokratischen

Union in der Bundesrepublik Deutschland und Nakasone von der LDP in Japan waren ein Ausdruck dafür. Alle diese Regierungen steigerten die Rüstungsausgaben und reduzierten die sozialen Leistungen. Mit Hilfe solchen Krisenmanagements trieben sie alle die konservative Neuformierung des Staates beschleunigt voran. Der japanische Neokonservatismus wies jedoch einen besonders nationalistischen, etatistischen Charakter auf. Ziel dieses Aufsatzes ist es, den Hintergrund dieser charakteristischen Besonderheiten auszuleuchten.

1. Neuformierung des japanischen Staates als präventives Krisenmanagement

Da der keynsianische Wohlfahrtsstaat offensichtlich in eine Sackgasse geraten ist, vertraut der internationale Neokonservatismus wieder den Kräften des Marktes und kehrt zu einer Politik des »eingegrenzten Staates« zurück. Hierbei bildet der japanische Neokonservatismus keine Ausnahme. Zu Beginn der achtziger Jahre startete unter der Parole »Gesundung der Staatsfinanzen« eine Verwaltungsreform: die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Sektor wurde verringert, ihre Löhne wurden gekürzt, ihre Kranken- und Rentenversicherung verschlechterte sich. Gleichzeitig privatisierte die Regierung, um Raum für »mehr private Initiative« (= die Kräfte des Marktes) zu schaffen, das bis dahin in öffentlichem Besitz befindliche staatliche Fernmeldeunternehmen sowie staatliche Eisenbahnliesen.

Anders als in Europa und Amerika ist die japanische Hinwendung zu einer Politik des »eingegrenzten Staates« jedoch weder als spezifische Therapie gegen den Rückgang industrieller Produktion (Deindustrialisierung) und Massenarbeitslosigkeit, noch als Flucht aus der »Unregierbarkeit« bzw. als Zeichen der Überlastung angesichts des von demokratischen Bewegungen für mehr staatliche Wohlfahrtsleistungen ausgeübten Drucks. Der japanische Nachkriegsstaat hatte nämlich mit einem unter den OECD-Mitgliedsstaaten außergewöhnlich niedrigen Anteil von nur 20% Ausgaben für Soziales am gesamten Bruttosozialprodukt und mit etwa 10% aller im öffentlichen Sektor Beschäftigten immer schon »weniger Staat«. Darüber hinaus ist der Einfluß der Arbeiterbewegung und der sozialistischen Bewegung ziemlich schwach. Die LDP monopolisiert seit über 30 Jahren die Regierungsgewalt, ohne daß es zur Schaffung eines als »sozialstaatlich« zu bezeichnenden Systems sozialer Sicherung, sozialer Wohlfahrt und Einkommensumverteilung gekommen wäre. Obwohl sich das extrem hohe Wirtschaftswachstum nach der Ölkrise abgeschwächt hat, konnte mit Hilfe des Aufbaus von Spitzentechnologie-Produktion und durch die Ausdehnung der Exporte ein stabiles Wachstum beibehalten und die Arbeitslosigkeit auf ein Minimum reduziert werden. Das japanische Krisenmanagement ist somit, anders als dasjenige Europas und der USA, eher darauf gerichtet, die Keime der »Englischen Krankheit« auszumerzen, bevor diese aufgehen können. Es besitzt von daher den Charakter eines »präventiven Krisenmanagements«, das sozialen und ökonomischen Spielraum läßt.

2. Korporatisierung in Richtung auf den eingegrenzten, starken Staat

Hervorzuheben ist zunächst, daß die Reorganisation des Verwaltungsapparates und die Privatisierung öffentlicher Unternehmen in Japan nicht nach einer Debatte der Parteien im Parlament beschlossen wurde, sondern faktisch durch ein im Jahre 1981 als Beratungsorgan des Ministerpräsidenten geschaffenes neokorporatives Organ, den sogenannten »Außerordentlichen Rat für öffentliche Verwaltung«. Dieses Gremium, an dessen Spitze der ehemalige Vorsitzende des Unternehmerverbandes KEIDANREN, gewissermaßen der Präsident der Finanzwelt, steht, setzt sich aus Vertretern von Großunternehmen, ehemaligen Angehörigen der Staatsbürokratie, Wissenschaftlern, Vertretern der Massenmedien sowie den Repräsentanten zweier nationaler Gewerkschaftsdachverbände zusammen. Der »Außerordentliche Rat für öffentliche Verwaltung« beschränkte sich jedoch keineswegs nur auf Fragen der anstehenden Verwaltungs- und Finanzreform. Er war der Meinung, daß die Epoche der seit der Meiji-Zeit als Ziel verfolgten »Modernisierung = den Westen einholen« abgeschlossen sei, und verkündete zwei neue, langfristige Ziele des Staates.

Japan soll im Innern eine »vitale Wohlfahrtsgesellschaft« aufbauen und nach außen einen »aktiven Beitrag zur internationalen Gemeinschaft« leisten. »Vitale Wohlfahrtsgesellschaft« meint dabei, durch »Selbsthilfe der Bevölkerung« die — angesichts eines zunehmenden Anteils älterer Staatsbürger — auf die Staatskasse zukommenden Belastungen zu senken. Das Konzept nimmt sich also nicht den europäischen »Wohlfahrtsstaat« zum Vorbild. Sein Ziel ist es eher, gewissermaßen als Anti-Modell zu Großbritannien und Schweden, statt staatlicher Sozialleistungen die Lasten der Wohlfahrt mittels »gegenseitiger Hilfe« auf die Bevölkerung abzuwälzen und diesen Bereich dem Markt zu überlassen. Unter dem Schlagwort »aktiver Beitrag zur internationalen Gemeinschaft« ist ebenfalls keineswegs nur Wirtschaftshilfe für die Dritte Welt zu verstehen, sondern ebenso die — von den Vereinigten Staaten mit Vehemenz geforderte — Erhöhung der Militärausgaben. Außerdem geht es um die faktische Aushöhlung desjenigen Artikels (§ IX) der japanischen Verfassung, der den Verzicht auf Kriegführung festlegt und den Unterhalt einer eigenen Armee verbietet. Während die Setzung neuer Staatsziele und die Neuformierung der staatlichen Organisation im Hinblick auf Kürzungen im Sozialbereich »weniger Staat« bezwecken, ist man gleichzeitig bestrebt, durch eine Erhöhung der Militärausgaben und die Stärkung der Funktion des Kabinetts einen »starken Staat« zu schaffen — insgesamt gesehen also den »eingegrenzten, aber starken Staat«. Der derzeitige Ministerpräsident Nakasone Yasuhiro, der bereits dem vorangehenden Kabinett Suzuki auf eigenen Wunsch hin als für die Verwaltungsreform verantwortlicher Minister angehört hatte, begann seine Amtszeit mit der erklärten Absicht, Japan zu einem »unsinkbaren Flugzeugträger gegen die UdSSR« sowie zu einem »internationalen (einflußreichen) Staat« zu machen — mittels verstärkter militärischer Aufrüstung. Darüber hinaus richtete Nakasone — offizielles Ziel war es, die Macht des Ministerpräsidenten zu stärken —, nach und nach außerhalb des Parlaments verschiedene, dem oben genannten »Außerordentlichen Rat für die öffentliche Verwaltung« ähnliche Beratungsgremien und Ausschüsse ein, so z.B. für Erziehungs- und Sicherheitsfragen, in die aktive Spitzenvertreter des Neokonservatismus und Neoetatismus entsandt wurden. Damit stellte er die Weichen für die Korporatisierung von politischen Entscheidungen auf der Makroebene.

Zwar nehmen auch Vertreter der Gewerkschaften an den politischen Entscheidungen teil; doch die auf Einzelbetriebsebene gebildeten japanischen Gewerkschaften besitzen nur schwache Industrie- und Regionalverbände, keinen einheitlichen nationalen Dachverband, und sie organisieren zudem nur weniger als 30 % aller Beschäftigten. Die japanischen Gewerkschaften sind daher nicht in der Lage, als Interessenvertreter soziale Verbesserungen durchzusetzen. Sie dienen eher als eine Art Alibi bei der Legitimierung von ökonomischen und sozialen Veränderungen außerhalb des Parlaments, die für die weitere Kapitalakkumulation notwendig sind. Wenn unter »korporativ« die Festlegung politischer Entscheidungen durch die staatliche Bürokratie, durch Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände verstanden wird, so hat der derzeitige japanische Korporatismus einen äußerst formalistischen Charakter. In Wirklichkeit handelt es sich dabei um einen »Corporatism without labour« (Pempel/Tsunekawa, 1979). Es begann ein »Quasi-Korporatismus«, in dem die Arbeiterbewegung zur Kooperation innerhalb eines von großem Kapital und Staatsbürokratie geprägten Systems zur Förderung der Kapitalakkumulation gezwungen wird. Die traditionell enge Beziehung auf dem »Meso-Level« (Cawson, 1985), zwischen Unternehmen (auf Industriebene organisierten Unternehmerverbänden) und Aufsichtsbehörden (z.B. dem Ministerium für Handel und Industrie — MITI), stellt eine japanische Besonderheit dar. Fragen wie die Schrumpfung des in seiner Bedeutung zurückgegangenen Kohlebergbaus, die Rationalisierungen im Stahlsektor, die Exportbeschränkungen und Festsetzung genauer Stückzahlen für die verschiedenen Unternehmen der Autoindustrie, die im Mittelpunkt der Handelskonflikte mit Europa und den USA steht, sowie Fragen der Entwicklung spitzentechnologischer Produktion im Roboter- und Halbleiterbereich werden sämtlich in Verhandlungen zwischen dem MITI und den Unternehmerverbänden geklärt. Bei finanzpolitischen Entscheidungen der Regierung im Hinblick auf den hohen Yen-Kurs und die Steuerreform spielen Beratungen zwischen dem Finanzministerium und Spitzenvertretern der Banken eine wichtige Rolle. In den wirtschaftspolitischen Entscheidungen Japans nimmt die Korporatisierung auf der Meso-Ebene (also auf der der Branchen und Sektoren — Anm. d. Red.) seit der Phase des hohen Wirtschaftswachstums, besonders jedoch seit der Ölkrise im Jahre 1973, eine immer deutlichere Struktur an.

3. Entwicklung des Kapitalismus und des Staats im Vorkriegsjapan

Historisch gesehen ist die Entwicklung des japanischen Kapitalismus seit der Meiji-Restauration 1868 einzigartig: die Intervention durch den »starken Staat« hat stets eine wichtige Rolle gespielt. Der Prozeß der Herausbildung eines modernen Nationalstaates und die Industrialisierung Japans seit der Mitte des 19. Jahrhunderts werden oft mit der Bildung eines einheitlichen Nationalstaates und der raschen Entwicklung des Monopolkapitalismus in Deutschland verglichen. So existierte während der Meiji-Restauration 1868, dem Ausgangspunkt der japanischen Modernisierung, zwar auch schon ein nationaler Warenmarkt, wodurch Japan der Kolonialisierung entging, doch waren noch über 80 % der Bevölkerung Bauern (in Deutschland 60 %). Vom Ausland wurde ein starker Druck ausgeübt, so daß Japan an die Peripherie des kapitalistischen Weltsystems rückte. In der darauffolgenden Pha-

se der Industrialisierung spielten die staatlichen Maßnahmen zum Aufbau einer eigenen Industrie und der Krieg gegen asiatische Nachbarvölker (Chinesisch-Japanischer Krieg von 1894-1895) unter den Losungen »Vermehrung der Produktion, Aufbau der Industrie« sowie »Reicher Staat, starke Armee« eine zentrale Rolle. Der Sieg im Russisch-Japanischen Krieg von 1904-1905 bedeutete den Sprung von der Peripherie zur Halb-Peripherie und schuf die Bedingungen für die Bildung von Monopolkapital. Nach dem Ersten Weltkrieg war Japan dann soweit, sich in die Auseinandersetzung mit den westlichen Großmächten wagen zu können.

Die Industrialisierung brachte jedoch keine Demokratisierung mit sich: die unter dem Einfluß der preußischen Verfassung formulierte Meiji-Verfassung von 1889 blieb bis 1945 in Kraft, die absolute Macht des Tenno galt als »heilig und unantastbar«, und die im Gefolge der Industrialisierung auf den Plan tretende sozialistische und Arbeiterbewegung wurde offen unterdrückt.

In den zwanziger Jahren wuchs zwar die Rolle des Parlaments und der bürgerlichen Parteien, doch blieb der Einfluß von Gewerkschaften und sozialistischen Parteien weiterhin schwach. Das Gesetz über die Einführung des allgemeinen Wahlrechts für Männer von 1925 wurde zur gleichen Zeit verabschiedet wie das Gesetz zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung, mit dessen Hilfe Vereinigungen und Einzelpersonen, die den Staat und das Privateigentum ablehnten, verfolgt wurden. In den Schulen und während der militärischen Ausbildung wurde den jungen Menschen ein chauvinistischer Nationalismus eingepflegt, der von ihnen verlangte, ihr Leben für den Tenno zu opfern. Die staatlichen Organe des Innenministeriums überwachten alle gesellschaftlichen und politischen Vereinigungen. Zu Beginn der dreißiger Jahre suchten die herrschenden Kräfte Japans — durch Invasion und Kolonisierung ganz Asiens — einen Ausweg aus der Wirtschaftskrise. Das außerhalb der Kontrolle des Parlaments stehende, dem Tenno direkt unterstellte Militär gewann dabei immer mehr Einfluß im Staat. Es schloß ein Bündnis mit Nazi-Deutschland und entfachte den Pazifischen Krieg.

Der japanische Vorkriegskapitalismus hat zwar vom imperialistischen Deutschland viel gelernt, kann aber mit diesem nicht in eine Reihe gestellt werden. Das Vorkriegs-Japan, mit seinen vormodernen Zuständen auf dem Lande und monarchischen Überbleibseln, ähnelte eher den halbperipheren Ländern Mittel- und Südeuropas. Aus heutiger Sicht könnte man dieses Staatssystem, das Demokratie und Verbesserung des Lebensniveaus der Bevölkerung im Interesse der Kapitalakkumulation auf ein Minimum herabdrückte, mit den modern-autoritären Regimen und Entwicklungsdiktaturen Südkoreas und anderer »New Industrialized Countries« vergleichen.

4. Kapitalismus und Staat im Nachkriegs-Japan

Das Ziel der von den amerikanischen Besatzungstruppen nach der Beendigung des Zweiten Weltkrieges eingeleiteten Reformen war die Entmilitarisierung und Demokratisierung Japans. Japan erhielt eine Verfassung, die den Verzicht auf Kriegführung festlegte und die — erstmals in der japanischen Geschichte —, grundlegende Menschenrechte, Gleichberechtigung

gung zwischen Mann und Frau sowie legale Rechte für die Arbeiterbewegung gewährte. Während des Kalten Krieges kam es, zeitgleich mit der Teilung Deutschlands und der Gründung der NATO, der weltweiten amerikanischen roll-back-Strategie (»reverse course«) entsprechend, zum Wiederaufbau des japanischen Kapitalismus und zum erzwungenen militärischen Bündnis mit den USA, auf der Grundlage des Japanisch-Amerikanischen Sicherheitsvertrages. Für die USA bildete die Atlantische Allianz mit den europäischen Ländern einerseits und die Pazifische Allianz mit Japan andererseits die zwei Flügel ihres ausgedehnten Dollar-Freihandelssystems (Borden, 1984). In diesem Prozeß ging der japanische Staat von einem System, dessen Zentrum der Tenno bildete, und in dem die Militärs nicht der Kontrolle des Parlaments unterlagen, zu einem System der Massendemokratie über, mit dem Parlament als zentrale Gewalt. Der Tenno blieb jedoch als Symbol erhalten und abgesehen vom Militär und dem Innenministerium, wurden auch die bürokratischen Vorkriegsstrukturen übernommen. Der Wiederaufbau des japanischen Kapitalismus begann zwar erst mit dem Jahre 1955, erheblich später als das westdeutsche »Wirtschaftswunder«, doch ging er in noch rascherem Tempo vor sich. Die aus der Vorkriegszeit überkommene Bürokratie intervenierte zugunsten des Kapitals, und die für die Ausdehnung der Produktion notwendigen Arbeitskräfte konnten aus den ländlichen Regionen im Lande selbst gewonnen werden. Durch seinen Beitritt zu Wirtschaftsbündnissen wie dem IMF, GATT und der Weltbank sowie zu Militärbündnissen wie der NATO und dem Japanisch-Amerikanischen Sicherheitsvertrag wurde Japan, wenn auch im wesentlichen passiv, an das unter amerikanischer Führung stehende imperialistische Weltzentrum gebunden. Das sehr hohe Wirtschaftswachstum stärkte jedoch die Position Japans; im Jahre 1968 überstieg sein Bruttosozialprodukt dasjenige der Bundesrepublik Deutschland. Während das Ansehen der USA aufgrund des Kursverfalls des Dollar und der Niederlage im Vietnamkrieg sank, stieg Japan zu dem Kreis führender Staaten innerhalb dieses Weltzentrums auf. Im Prozeß der Industrialisierung, der nach dem Kriege aus Japan eine Wirtschaftsgrößmacht machte, war insbesondere beim Aufbau der Schwer- und der chemischen Industrie, bei technischen Innovationen, bei der Regionalentwicklung und bei der Exportförderung der Schutz und die Unterstützung durch den Staat von entscheidender Bedeutung. Dieser, wie ich es nenne, »japanische Typ« des Staatsinterventionismus folgte jedoch nicht der in Europa zu beobachtenden »harten« Linie der Verstaatlichung von Unternehmen und der Übernahme von Aktienanteilen durch den Staat. Er wandte vielmehr die »weiche« Methode »administrativer Lenkung« an, bei der die Bürokratie nach der Vorgabe wirtschaftsplanerischer Leitlinien die Unternehmen zu einer Erhöhung ihrer Produktion ermunterte. Die nationale Strategie, die den »Westen einholen« wollte, besaß jedoch absolute Priorität, die soziale Wohlfahrt der Bevölkerung und die Umwelt wurden dabei extrem vernachlässigt. Seit Mitte der sechziger Jahre wurden deshalb die Umweltverschmutzung und die unzureichenden sozialen Leistungen in Japan zu einem akuten politischen Problem.

Ich bezeichne den japanischen Staat in der Periode hohen Wirtschaftswachstums im Gegensatz zum amerikanischen Kriegs-Wohlfahrts-Staat (warfare-welfare state) und dem europäischen Wohlfahrtsstaat als Unternehmer-Staat (entrepreneurial state) (Kato 1984): Der Anteil von Ausgaben für Rüstung und Soziales im japanischen Staatshaushalt war im Vergleich zu Europa und den USA relativ niedrig, derjenige für staatliche Investitionen

und regionale Entwicklungsmaßnahmen dagegen relativ hoch. Darüber hinaus genoß bei den staatlichen Interventionen die Förderung der Kapitalakkumulation absolute Priorität. Die den Mammutunternehmen zugute kommenden Aktivitäten des Staates wurden von der Bevölkerung durchaus legitimiert — weil sie dem nationalen Ziel des »den Westen aufholen« verpflichtet waren.

Die Rechtlosigkeit der Arbeiter innerhalb der Mammutmonopole, der Zwang zu militärischer Disziplin und das Konkurrenzverhalten am Arbeitsplatz, lange Arbeitszeiten (pro Jahr etwa 500 Stunden mehr als in der Bundesrepublik), die Lohndiskriminierung auf der Basis von formalem Bildungsabschluß und Geschlecht sowie die sozialpartnerschaftliche Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit dem Kapital bilden das Geheimnis des raschen japanischen Wirtschaftswachstums. Die als »Japanisches Management« bezeichneten Arbeitsbeziehungen werden gern mit der traditionell-japanischen kollektivistischen Kultur erklärt und als Managementmethode, die fähig sei, Spontaneität und Verantwortungsbeußtsein der Arbeiter zu wecken, ins Ausland exportiert. In Wahrheit handelt es sich dabei jedoch lediglich um ein System der Unterordnung, das durch die Kombination von Elementen des aus den USA importierten, am Leistungsprinzip orientierten Personalmanagements mit Überresten japanischer, militärstaatlich-patriarchaler Ideologie der Ausbeutung und Kapitalakkumulation am effektivsten dient. Mit anderen Worten: die im Vergleich zu Europa und den USA geringe Selbständigkeit der Arbeiter gegenüber den Unternehmern sowie die geringe Einßußnahme ihrer Gewerkschaften auf die unmittelbare Produktion haben die wesentlich auf Konkurrenz, Diskriminierung und lange Arbeitszeit fußende Steigerung der Arbeitsproduktivität möglich gemacht. Zudem sind die Gewerkschaften in Klein- und Kleinstunternehmen mit weniger als 300 Beschäftigten, in denen die Mehrzahl der japanischen Arbeiter tätig ist, kaum vertreten. Dort muß zu einem Satz von 60 % des in Großunternehmen gezahlten Lohnes länger als in diesen gearbeitet werden. Weibliche Beschäftigte erhalten im Durchschnitt nur 50 % der an Männer gezahlten Löhne, haben vielfach den niedrigen Status sogenannter »Teilzeitkräfte« und werden im Hinblick auf Beschäftigungs- und Aufstiegsmöglichkeiten diskriminiert.

Wenn es gelingen sollte, das »Japanische Management«, das die Beschäftigten in Büros und Fabriken zum Tragen einer Arbeitsuniform und zum allmorgendlichen Absingen ihrer »Firmenhymne« zwingt, erfolgreich nach Europa und in die USA zu exportieren — in Wahrheit handelt es sich um einen Reexport einer in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre aus Amerika eingeführten Theorie des Personalmanagements —, so nur auf der Basis einer gemeinsam von Kapital und Staat zu bewerkstelligenden Entrechtung der Arbeiter und Schwächung ihrer Gewerkschaften. Der japanische Staat ist zwar nach dem Krieg zu einer Massendemokratie geworden, doch ist diese, da sie aufgrund der Kriegsniederlage und der nachfolgenden Besetzung »von oben« verkündet wurde, von einem passiven Charakter geprägt und dringt nicht bis in die vom Kapital kontrollierten Bereiche des Arbeitsplatzes und der Arbeitszeit vor. Für Japan kann man von einer »democracy without workplace« sprechen.

5. Wandel der bürgerlichen Gesellschaft im Gefolge des Wirtschaftswachstums

Einer der Gründe dafür, daß der japanische Konservatismus sich etatistischer darstellt als derjenige anderer entwickelter kapitalistischer Länder, ist der im obigen Abriß vorgestellten Tradition staatlichen Interventionismus in der Entwicklung des japanischen Kapitalismus geschuldet. Das bedeutet jedoch nicht, daß der monarchisch-militärische Etatismus der Vorkriegszeit einfach bis in die Gegenwart hinein fortgeschrieben worden wäre. Ministerpräsident Nakasone ist zwar ein Politiker, der während des Krieges der Bürokratie des Innenministeriums angehörte und der nach Kriegsende für die Verehrung des Tenno und für die Aufrüstung eintrat, doch träumt auch er sicher nicht davon, einen japanischen Militärstaat wiederzuerrichten. In der Beziehung zwischen Staat und kapitalistischer Wirtschaft beweist der etatistische Charakter des modernen Japan zwar eine auffallende Kontinuität, in der Beziehung zwischen Staat und bürgerlicher Gesellschaft im Neo-Gramscischen Sinne (Urry, 1981) wurde der vor dem Krieg bestehende Mechanismus einer nationalen Integration unmittelbar durch den Staat jedoch fürs erste beseitigt; infolge der Kriegsniederlage, der Besetzung und des nachfolgenden Wirtschaftswachstums kam es zu erheblichen Veränderungen. In der Besatzungszeit wurden die Voraussetzungen dafür geschaffen — durch die Beseitigung tennoistischer Erziehung, die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht, eine Landreform und eine Reform des Familiensystems. Unmittelbarer wirkten jedoch die Abwanderung der ländlichen Bevölkerung in die Städte, die Entwicklung hin zur Kernfamilie, die Verbreitung amerikanischer Konsumgewohnheiten sowie die Entwicklung des Verkehrs- und Nachrichtenwesens während der Wirtschaftswachstumsperiode. Die Folge war ein Bewußtseinswandel in der Bevölkerung, der einen tiefen Riß zwischen Staat und bürgerlicher Gesellschaft hinterließ. Die von Veränderungen in der Ökonomie hervorgerufenen Veränderungen der Sozialstruktur während der Wachstumsphase bewirkten eine Vielzahl von Widersprüchen und politischen Verschiebungen.

Innerhalb von fünfzehn Jahren zog eine große Zahl von Landbewohnern (die der Gesamtbevölkerung der Tschechoslowakei entspräche) in die Großstadträume Tokyo, Nagoya und Osaka. Es bildete sich die Kernfamilie mit halbiertes Kinderzahl heraus. Beide sozialen Veränderungen entzogen der Familienstaatsideologie, die die Beziehung zwischen Kaiser und Staat mit der zwischen Familienoberhaupt (= Vater) und Kindern in der bäuerlichen Großfamilie gleichsetzte, die Grundlage. Die Ausbreitung amerikanischer Konsum- und Lebensgewohnheiten sowie die Entwicklung des Fernsehens und des Verkehrs ließen ein neuartiges Weltbild entstehen, das verhinderte, die nationale Einheit des Volkes, wie während des Zweiten Weltkrieges, mit Hilfe eines chauvinistischen Nationalismus — wie er zum Beispiel in der Bezeichnung »Teufel aus Amerika und England« zum Ausdruck kam — aufrechtzuerhalten. Der Gedanke des Friedens und die Ablehnung eines Atomkrieges sind dank der japanischen Verfassung und der Bemühungen der Schul- und Universitätslehrer in der jungen Generation stark verankert. Aufgrund von Veränderungen in der medizinischen Versorgung und der Ernährungsweise beträgt die Lebenserwartung der Japaner statt der ehemals sprichwörtlichen »50 Jahre, die ein Leben währt« heute 80 Jahre bei Frauen und 75 Jahre bei Männern und ist damit die höchste in der Welt. 90% der Schüler Japans besuchen die Oberschule und einer von dreien besucht anschließend die Universität.

Gleichzeitig ist allerdings mit dem alljährlichen »Aufnahmeprüfungs-Krieg« um die Zulassung zu einer der Elite-Universitäten, mit der Tokyo-Universität an der Spitze, ein neues gesellschaftliches Problem entstanden. Auf der einen Seite hat das Wirtschaftswachstum die von den Gewerkschaften in der »Frühjahrsoffensive« erkämpfte Erhöhung der Nominallohne möglich gemacht und langlebige Konsumgüter wie Produkte der Elektroindustrie etc. in die Haushalte gebracht. Auf der anderen Seite ließen aber zugleich der große Preisauftrieb und die Inflation die Hausfrauen politisch aktiv werden. Umweltverschmutzung durch die Industrie und die trotz der raschen Urbanisierung weiterhin mangelhaften Sozialleistungen waren eine Ursache dafür, daß in der von der Herrschaft durch das Innenministerium befreiten Regionalpolitik in den Großstadtreionen fortschrittliche Kräfte die Regierungsgewalt übernahmen. Die Abnahme der ländlichen Bevölkerung ließ den Stimmenanteile der LDP bei Wahlen sinken. Gleichzeitig wurden verstärkte staatliche Subventionen bei der regionalen Entwicklung nötig. Das »Japanische Management« hatte zwar zur Folge, daß die Beschäftigten innerhalb der Großunternehmen im Austausch gegen höhere Löhne ihre Rechte am Arbeitsplatz preisgaben. Außerhalb der Betriebe entstanden jedoch fortschrittliche politische und soziale Bewegungen, so z.B. die Bewegung gegen den Japanisch-Amerikanischen Sicherheitsvertrag 1960, die Bewegung gegen den Vertrag zwischen Japan und Südkorea 1965, die Bewegung gegen den Krieg der USA in Vietnam und gegen die Umweltverschmutzung, die Studentenbewegung, die eine Reform der Hochschulen forderte.

6. Die Zeit der Wende 1973-1975

Der »äußere Druck« — internationale Währungsunsicherheit und Ölkrise — führte zwischen 1973 und 1975 zu einer Reorientierung der japanischen Wirtschaft. Zugleich erreichte aber in dieser Phase der Widerstand gegen unternehmerstaatlich gesteuertes Wirtschaftswachstum und gegen die LDP-Regierung im Lande seinen Höhepunkt. Der damalige Ministerpräsident Kakuei Tanaka legte einen Plan zur völligen Umgestaltung der japanischen Inselkette vor, zugleich trieb er die Interessenpolitik durch staatliche Subventionierung bestimmter ländlicher Regionen voran. Die Meinungsumfragen, die feststellen sollten, welchen Rückhalt Tanaka, die Symbolfigur des Wirtschaftswachstums, in der Bevölkerung genoß, zeigten in sehr kurzer Zeit eine Umkehrung des Ergebnisses von 60 % Unterstützung zu 60 % Ablehnung. Bei den Parlamentswahlen zogen LDP und Opposition gleich; man sprach von einer »Pattsituation zwischen Konservativ und Links«. Progressive Gouverneure oder Bürgermeister regierten ein Drittel der japanischen Bevölkerung. Die Gewerkschaften steigerten ihre Organisationsrate auf 34 %; Arbeiter beteiligten sich an 10 000 Streiks mit insgesamt 15 Millionen Teilnehmern. Die Präsidenten von Handels- und Großunternehmen, die sich die Ölkrise zunutze gemacht und große Warenbestände gehortet hatten, um diese danach zu überhöhten Preisen anzubieten, wurden im Parlament zur Verantwortung gezogen. Ende 1974 schließlich mußte Ministerpräsident Tanaka selbst, dessen »Geldmachtpolitik« die Massenmedien aufgedeckt hatten, zurücktreten. In dieser Periode erhielt die LDP laut öffentlicher Meinungsumfragen die geringste Unterstützung ihrer Geschichte. Gegenüber dem Bündnispartner USA wurde aufgrund des verlorenen Krieges in

Vietnam die Ablehnung größer. Stimmen wurden laut, die nach sozialen Reformen und Sozialismus riefen. Es verbreitete sich das Bewußtsein, daß »wir Japaner zuviel arbeiten« — und große Ungewißheit beim Gedanken an die Zukunft.

Die Art und Weise, in der auf diese Krisenperiode von 1973-75 reagiert wurde, war in erheblichem Maße mitentscheidend für das Bild, das Japan danach bot. Den Großunternehmen war klar geworden, daß eine allein von niedrigen Erdölpreisen abhängige hohe Akkumulation, so wie bisher schwer aufrechtzuerhalten sein würde, und sie gingen in Kooperation mit den konformistischen Gewerkschaften zum sogenannten »reduzierten Management« über. Dieses »reduzierte Management« sah vor, Lohnsenkungen anstelle von Entlassungen vorzunehmen, die Belegschaft zur Anerkennung gravierender Veränderungen in den Arbeitsbedingungen, wie Umsetzung innerhalb des Unternehmens und Einführung von Industrierobotern, zu nötigen und die Verträge mit mittleren, kleinen und Kleinstzulieferbetrieben drastisch zu beschneiden. Aufgrund der mehrheitlich sozialpartnerschaftlich eingestellten japanischen Betriebsgewerkschaften konnte auf der Mikro-Ebene das gewünschte Ergebnis erzielt werden, ohne erst auf »einkommenspolitische Maßnahmen« der Makro-Ebene warten zu müssen. Aus Unternehmer- und Finanzkreisen wie dem Verband KEIDANREN ließen sich Stimmen vernehmen, die für einen industriellen Strukturwandel und eine Überprüfung der langfristigen Wirtschaftsstrategie Japans plädierten. Die LDP spürte die Dringlichkeit eines »neuen Konservatismus«, der die städtische Bevölkerung und die Arbeiter ansprechen könnte. Sie begann daher, Maßnahmen zum Schutze der natürlichen Umwelt und zu Verbesserungen im Bereich der sozialen Versorgung vorzuschlagen, und sie bemühte sich aktiv um eine Annäherung an führende Vertreter der Gewerkschaftsbewegung. Die Bürokratie legte das Hauptaugenmerk nicht mehr ausschließlich darauf, den »Westen einzuholen« und das Bruttosozialprodukt zu erhöhen, sondern begann damit, Fragen wie »die Verantwortung Japans in der Welt«, »Japan im 21. Jahrhundert« etc. zu erörtern. Sie bereitete Maßnahmen vor, die die spitzentechnologische Industrie fördern und die die aus der Ausdehnung des Dienstleistungssektors und dem immer höheren Anteil alter Menschen an der Gesamtbevölkerung resultierenden Probleme lösen sollte. Im Jahre 1974 wurde das gemeinsam von Regierung und Mammutmonopolen finanzierte »Nationale Institut für Forschung und Entwicklung« gegründet. Zu den Mitgliedern des Instituts gehörten Spitzenkräfte aus Forschungseinrichtungen der Unternehmen und der Universitäten, die sich mit der Untersuchung von Fragen der langfristigen Wirtschafts- und Sozialentwicklungsplanung sowie des Krisenmanagements befassen.

Mit dem Übergang von der bäuerlich zur urban geprägten Gesellschaft und vom Kriegsverlierer zur Wirtschaftsgrößmacht wandelte sich auch das Denken der Herrschenden Japans. Sie begaben sich auf die Suche nach einem »neuen Konservatismus«. Die von tiefen inneren Widersprüchen gekennzeichneten progressiven Kräfte setzten dagegen ihre traditionelle Politik weiter fort. Sie kämpften um Erhöhung der Löhne, Verbesserung sozialer Leistungen und lehnten die Aufrüstung ab. Sie zeigten sich trotz der veränderten Sozialstruktur außerstande, eine positive politische Alternative zu formulieren. Da es ihnen auch nicht gelang, die vom Krieg unmittelbar nicht betroffene Nachkriegsgeneration wirksam zu organisieren, blieb die reformerische Energie der Massen aus den Jahren 1973-75 nicht erhalten.

7. Gesellschaftlicher Konservatismus und ökonomistischer Nationalismus

In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre wurde aus Meinungsumfragen deutlich, daß die Reformbereitschaft der Bevölkerung gesunken war und daß sich ihre negative Einstellung gegenüber den Vereinigten Staaten umgekehrt hatte. Von japanischen Politikwissenschaftlern wird diese Erscheinung mit dem Begriff des »Verbraucher-Konservatismus« bezeichnet. Es handelt sich dabei um die Verbreitung eines konservativen Bewußtseins weniger auf der politischen als auf der gesellschaftlichen Ebene, um das Auftreten eines ökonomistischen Nationalismus im Unterschied zum etatistischen Nationalismus der Vorkriegszeit.

Der Ausbruch der Ölkrise im Jahre 1973 und das Ende des hohen Wirtschaftswachstums machten nicht nur der japanischen Wirtschaft und der Liberal-Demokratischen Regierung deutlich, daß ein neues Zeitalter angebrochen war, sondern riefen auch in der Bevölkerung einen allgemeinen Bewußtseinswandel hervor. Die Nachkriegsstrategie von Kapital und Staat, die »den Westen einholen« wollte und die daraus resultierende LDP-Politik zur Durchführung großer nationaler Bauprojekte, zur Förderung des Exports und zur »Verdoppelung der Einkommen« der Bevölkerung, aber auch der davon angetriebene, auf der noch frischen »Erinnerung an die Armut« fußende Fleiß der Kriegsgeneration und ihre Anpassung an »meine Firma« wurde auf die Probe gestellt. Da weiteres Wirtschaftswachstum unmöglich geworden war, entschied sich die Mehrheit der Arbeiter, vor die Alternative Beschäftigungsunsicherheit und Arbeitslosigkeit oder Lohnsenkung und Kooperation mit dem »reduzierten Management« gestellt und gedrängt von ihren Betriebsgewerkschaften, für den letzten Weg. Die Ehefrauen suchten sich Beschäftigung als sogenannte Teilzeitkräfte, um zum Familieneinkommen beizutragen. Als die LDP begann, von Umweltschutz und Verbesserung der sozialen Wohlfahrt zu sprechen und linke Lokalregierungen beschuldigte, Steuern zu verschwenden — sie bevorzugten angeblich ihre öffentlichen Beschäftigten indem sie diesen höhere als die in der privaten Industrie üblichen Löhne zahlten —, distanzierte sich die Bevölkerung von diesen progressiven Regierungen. Die mittlere Generation, auf deren Arbeitskraft das hohe Wirtschaftswachstum beruhte, war mit der ohne ihr bewußtes Zutun zustande gekommenen neuen Lebensweise zufrieden und mußte, um diese beizubehalten, das »reduzierte Management« »ihrer Firma« gutheißen. Sie ging auf Distanz zu den außerbetrieblichen Bewegungen.

Gleichzeitig damit begann die jüngere Generation, die den materiellen »Wohlstand« der amerikanischen Lebensweise als selbstverständlich hinnahm, Wertvorstellungen einer postindustriellen Gesellschaft zu entwickeln; Freizeit rangierte vor Arbeit, individuelle Freiheit vor Aufopferung für die Firma und geistiger vor materiellem Wohlstand. Die Angehörigen dieser jüngeren Generation zeigten nur ein schwach entwickeltes Zugehörigkeitsgefühl zum Staat und geringes Treuegefühl gegenüber ihrer Firma, sie waren politisch desinteressiert und auch nicht für den Sozialismus und soziale Reformen zu begeistern. Zwar bejahte die junge Generation prinzipiell den Status quo, doch unterstützte sie deshalb noch lange nicht die LDP aktiv. Sie schuf sich ein eigenes Weltbild, in dessen Zentrum ihr privates Leben stand. Der daraus resultierende Zweifel am »Primat des Bruttosozialprodukts« und die Resignation am Glauben, durch »Fleiß das eigene Leben verbessern« zu

können, förderten einen gesellschaftlichen Konservatismus und eine Entpolitisierung der jungen Generation, die so zur passiven Anhängerschaft der LDP wurde.

In demselben Zeitraum machten Dollarkursverfall und Ölkrise der Bevölkerung nachhaltig bewußt, daß Japan untrennbar mit den Ereignissen auf internationaler Ebene verknüpft ist und mit im Mittelpunkt der Weltwirtschaft steht. Nachdem die Japaner sich unter Aufbietung aller ihrer Kräfte aus der nach der Niederlage im Krieg herrschenden Verwüstung emporgearbeitet hatten und sich infolge des durch »Druck von außen« erlittenen Schocks dem Ausland zuwandten, konnten sie feststellen, daß ihr Lebensstandard — auch wenn die japanischen Wohnhäuser ausländischen Besuchern immer noch wie »Kaninchenställe« vorkamen — sich dem europäischen annäherte. Japan war ein unabhängiger, industrialisierter Staat geworden, der weitaus reicher war als die umliegenden Länder der Dritten Welt und gehörte zum Zentrum des Weltsystems. Darüber hinaus gelang es mit Hilfe des »reduzierten Managements« und durch die Entwicklung spitzentechnologischer Produktion in Großunternehmen trotz der ersten Ölkrise eine im Vergleich zu Europa und den USA günstige wirtschaftliche Lage aufrechtzuerhalten und die Exporte weiter auszuweiten — wenn sich auch die bis dahin hohe Wachstumsrate verringerte. Zum Zeitpunkt der zweiten Ölkrise vertieften sich die Handelskonflikte mit den Vereinigten Staaten und Europa: ein amerikanischer Wissenschaftler sprach in diesem Zusammenhang bereits anerkennend von »Japan as number one«. Nicht nur der Warenexport, auch die Auslandsdirektinvestitionen stiegen rasch an. Eine neue Periode begann, in der japanisches Kapital, japanische Technik und die Japaner selbst ins Ausland gingen.

Im Jahre 1970 reisten knapp eine Million Japaner ins Ausland, im Jahre 1985 waren es bereits über fünf Millionen Japaner. 80% davon waren Touristen, die nicht nur mit Überraschung sondern gleichzeitig mit Stolz die große Verbreitung japanischer Produkte im Ausland feststellten. Durch Fernsehen und Zeitungen erfuhr die Bevölkerung von dem Niedergang der britischen Wirtschaft und von der in Europa herrschenden Arbeitslosigkeit. Es verstärkten sich Auffassungen wie die, daß »Japan zu den ersten Staaten der Welt« gehöre, »wir Japaner besser als die anderen Nationen« seien und man »zum Glück als Japaner geboren« sei. Die prinzipielle Abwesenheit ausländischer Arbeitskräfte wurde ebenfalls als eines der »Geheimnisse« des wirtschaftlichen Erfolgs Japans angesehen. Es entstand ein ökonomistischer Nationalismus. Anders als der Vorkriegsnationalismus verstärkt dieser neue ökonomistische Nationalismus jedoch nicht Gefühle der Ehrerbietung gegenüber dem Tenno und der Zugehörigkeit zum Staat. Es handelt sich dabei um ein Bewußtsein des Stolzes auf die im Vergleich zum Westen bestehende relative Stabilität und die technologische Überlegenheit der japanischen Wirtschaft, auf den eigenen »Reichtum« im Verhältnis zu den Ländern der Dritten Welt, um ein Gefühl der Zufriedenheit mit sich selbst als einem Mitglied dieser Wirtschaftsgesellschaft und mit dem gegenwärtigen persönlichen Leben als deren Produkt. Damit war eine weitere Bedingung für die Ausbreitung politischen Desinteresses und die Ausweitung der passiven Anhängerschaft der LDP geschaffen.

8. Perspektiven des Neoetatismus

So paradox es klingen mag: In dem Auftreten des japanischen Neokonservatismus als Neoetatismus kommt die Unzufriedenheit der Herrschenden mit dem gesellschaftlich konservativen Bewußtsein und dem ökonomistischen Nationalismus der Massen zum Ausdruck. Es gibt Kräfte, die wünschen, aus diesem einen eindeutigen politischen Konservatismus und etatistischen Nationalismus zu machen. In ihren Augen reichen Stolz auf das japanische Volk und die japanische Wirtschaft allein nicht aus. Sie wollen Japaner, die nicht nur als selbstbewußte Mitglieder des Staates ihre Rechte wahrnehmen, sondern vor allem solche, die sich ihrer Pflichten bewußt sind. Der gesellschaftliche Konservatismus der Massen und die daraus resultierende Ablehnung gegenüber der Sozialistischen und der Kommunistischen Partei hat zwar das politische Kräfteverhältnis zugunsten der LDP verändert, in bezug auf die von den USA und von Europa vehement geforderte und auch von Teilen der LDP und der Wirtschaft befürwortete militärische Aufrüstung und die Entwicklung von Weltraumwaffen aber existiert noch immer eine reservierte bis bewußt ablehnende Haltung. Wegen der Handelskonflikte und wegen des steigenden Yen braucht das Kapital eine weitere Erhöhung der Arbeitsproduktivität; die Arbeiter reagieren jedoch negativ auf die geforderte Steigerung ihrer Arbeitsleistung ohne Lohnerhöhung. Sie haben größeres Interesse an Arbeitszeitverkürzung und mehr Freizeit im Kreis ihrer Familie. Besonders die jungen Beschäftigten sind so auf ihr privates Leben fixiert, daß es schwierig wird, sie mit den Methoden des »Japanischen Managements« zu beherrschen. Sie haben keine Skrupel, Überstunden abzulehnen und unentschuldig von der Arbeit fernzubleiben, und sie wechseln, wenn Richtlinien für die Arbeitsdisziplin verschärft werden, einfach ihre Arbeitsstelle. Anhänger eines ökonomischen Nationalismus haben ebenfalls kein Interesse daran, aus Japan nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine militärische Großmacht zu machen. Sie möchten eher den Artikel der japanischen Verfassung, der den Verzicht auf Kriegführung enthält, bewahrt wissen, den Status quo der militärischen Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten aufgrund des Japanisch-Amerikanischen Sicherheitsvertrages erhalten und die geringen Rüstungsausgaben nicht steigern. Obwohl die Mehrheit der Bevölkerung mit ihrer gegenwärtigen Lage zufrieden ist und ein sogenanntes »Mittelschichtsbewußtsein« entwickelt, wachsen an der Peripherie der Gesellschaft die Anzeichen, daß sich neue »Zivilisationskrankheiten« wie psychische Leiden, Selbsttötung, Ehescheidung, Zerfall der Familie, jugendliches Rowdytum, Vereinsamung der Alten etc. ausbreiten. Ein Teil der angesichts dieser Situation unzufriedenen, verunsicherten konservativen Führer will deshalb die Bevölkerung um so mehr mit Hilfe eines »eingegrenzten, aber starken« Staates national einbinden.

In der neoetatistischen Ideologie und Sprache des Ministerpräsidenten Nakasone wird die Krisenstimmung deutlich, die mangelnden Patriotismus und sinkenden Arbeitseifer der Bevölkerung beklagt. Die Bevölkerung sei zwar einstweilen mit ihrer Lage noch zufrieden, beginne aber an ihrer Rolle als »Arbeitsbienen« zu zweifeln und verspüre wenig Lust zur »Verteidigung des Staates«. Der Neoetatismus will deshalb der Bevölkerung eine »Identität als Japaner« einpflanzen. Über die Treue zum eigenen Unternehmen soll sie indirekt in das System eingebunden werden und über verschiedenste, auch lokale Gruppen sollen die

Beziehungen zwischen Staat und Individuum direkt verstärkt werden. Der Schlüssel dafür wird in der Neureformierung des Erziehungswesens gesehen. Die Diagnose lautet, daß nachlassender Arbeitswillen, Auflösung der Familie und jugendliches Rowdytum auf die — als Folge einer Erziehung zum Frieden und zur Gleichberechtigung — gesunkene Autorität der Eltern und auf die mangelnde Unterordnung gegenüber dem Staat zurückzuführen seien. Dem soll mit einer von Kindheit an erfolgenden Erziehung zur Staatstreue, die der vor dem Kriege herrschenden Treue gegenüber dem Tenno gleichwertig sein sollte, abgeholfen werden. Nationalistische Gedanken in der Bevölkerung, wie etwa dem, daß »wir Japaner auch im Ausland nicht unseren Stolz als Japaner verlieren«, sollen die Arbeitsbereitschaft sichern helfen. Die Diagnose freilich ist falsch: Es sind in Wirklichkeit gerade die Zustände der »Unternehmensgesellschaft« im Nachkriegsjapan — die unterschiedliche Behandlung der Beschäftigten aufgrund ihrer formalen Bildungsabschlüsse und die inner- wie außerhalb der Betriebe herrschende Konkurrenz — die schon in der Schulausbildung zu Streß, zu Rowdytum und zu Selbsttötungen bei jungen Menschen führen.

Es ist daher nicht sicher, ob sich die japanische Politik rasch in Richtung auf den von Ministerpräsident Nakasone anvisierten Neoeatismus fortbewegt. Es ist kaum anzunehmen, daß die Ideologie einer Verwandlung Japans in eine militärische Großmacht und einer Verstärkung des Patriotismus, die auch innerhalb der auf gemeinsamer neokonservativer Grundlage agierenden herrschenden Klasse nur von der äußersten Rechten vertreten wird, so ohne weiteres von der Bevölkerung akzeptiert wird, zumal damit große soziale Veränderungen verbunden sein werden. Die reale Politik dürfte eher darin bestehen, einerseits den Etatismus, wie er in dem Schlagwort »Sieger, aber auch Verlierer ist immer der Staat« zum Ausdruck kommt, verstärkt zur Geltung zu bringen und gleichzeitig ein dem Krisenmanagement angemessenes Netzwerk korporativer Beziehungen zwischen Staat und Individuen zu schaffen. Solch ein festes Netzwerk existiert, insbesondere auf der Meso-Ebene bereits zwischen Staatsbürokratie und Kapitalverbänden. Auf der Makro-Ebene wird nun die Bemühung ansetzen, auch die nationalen Dachverbände der Gewerkschaften einzubeziehen und dies Netzwerk dann auf die lokale und gesellschaftliche Ebene auszudehnen. In der Tat bildet sich in der Gewerkschaftsbewegung zur Zeit ein neuer sozialpartnerschaftlich orientierter nationaler Dachverband — was ohne Zweifel die Korporatisierung unter Einbeziehung von Repräsentanten der Seite der Arbeit auf der Makro- wie auf der Meso-Ebene erheblich vereinfachen wird. In dem sogenannten »Außerordentlichen Rat für Erziehung«, ein dem »Außerordentlichen Rat für öffentliche Verwaltung« ähnliches korporatives Organ, wird das nach 1945 entstandene japanische Bildungswesen einer totalen Revision unterzogen. Da der Korporatismus jedoch von vornherein auch gewisse Zugeständnisse an die Vertreter der Arbeiter und Lehrer vorsieht, werden sich die neoetatistischen Absichten nicht ohne Abstriche in legitimierte politische Entscheidungen umsetzen lassen. Darüber hinaus gibt es auch innerhalb der Herrschenden unterschiedliche Fraktionen, die sich über wichtige Fragen nicht einig sind. So über die Frage, ob Japan unter Abänderung der Verfassung zu einer militärischen Großmacht ausgebaut werden oder ob die Verfassung unangetastet bleiben soll; ob die Selbstverteidigungsstreitkräfte beibehalten und der Kurs der Internationalisierung primär auf ökonomischer Basis fortgesetzt werden

soll; ob zur Beseitigung des Finanzdefizits gespart werden oder ob eine aktive Ausgabenpolitik die Konjunktur anreizen soll; ob die Politik der Exportsteigerung mit der spitzentechnologischen Industrie im Zentrum fortgesetzt oder ob die Inlandsnachfrage durch Städteerneuerung und Wohnungsbau gesteigert werden soll und dadurch die Handelsfraktionen beseitigt werden können.

Außerdem besteht die Hoffnung, daß die große Zahl der Auslandsreisen dazu führt, fremde Kulturen besser kennenzulernen und einen vorurteilsfreien Internationalismus entstehen läßt. Japan wird auch nach dem Herbst 1987, wer auch immer zum neuen Ministerpräsidenten gewählt werden mag, die schrittweise Suche nach seinem Platz in der internationalen Gemeinschaft fortsetzen müssen.

Aus dem Japanischen von Horst Arnold-Kanamori

Literatur

- Borden, William S. (1984), *The Pacific Alliance: United States Foreign Economic Policy and Japanese Trade Recovery, 1947-1955*. The University of Wisconsin Press
- Cawson, Alan (1985), Varieties of Corporatism: the Importance of the Meso-Level of Interest Intermediation, in: A. Cawson (ed.), *Organized Interests and the State: Studies in Meso-Corporatism*, SAGE Publications
- Dohse, Knuth/Jürgens, Ulrich/Malsch, Thomas (1985), From »Fordism« to »Toyotism«?: The Social Organization of the Labor Process in the Japanese Automobile Industry, in: *Politics and Society*. Vol. 14, No. 2
- Johnson, Chalmers (1982), *MITI and the Japanese Miracle: The Growth of Industrial Policy, 1925-1975*, Stanford University Press
- Kato, Tetsuro (1984), A Preliminary Note on the State in Contemporary Japan, in: *Hitotsubashi Journal of Social Studies*. Vol. 16, No. 1
- Pempel, T. J./Tsunekawa, Keiichi (1979), Corporatism without Labor?: The Japanese Anomaly, in: Schmitter, P. C./Lehmbruch, G. (ed.), *Trends toward Corporatist Intermediation*, SAGE Publications
- Urry, John (1981), *The Anatomy of Capitalist Societies: The Economy, Civil Society and the State*, Macmillan